presse

Fukushima: akribische Kontrolle und kein Wegschauen

Anlässlich der Lecks in den Kühlwassernot-Tanks in Fukushima erklärt der atompolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow:

Auch mehr als zwei Jahre nach dem Reaktorunglück von Fukushima reißen die Katastrophennachrichten aus Japan nicht ab. 300 Tonnen hoch radioaktives Wasser sind aus undichten, notdürftig errichteten Tanks zur Lagerung der gigantischen Kühlwassermengen ins Erdreich gesickert. Weil falsche Messgeräte verwendet wurden, konnte erst Tage später festgestellt werden: Die Strahlendosis ist so hoch, dass ein sich in der Nähe aufhaltender Mensch bereits nach vier Stunden die tödliche Dosis aufgenommen hätte. Man kann kaum glauben, mit welcher Nachlässigkeit der Betreiber Tepco nach wie vor dieser immens wichtigen Aufgabe in Fukushima nachkommt. Man kann auch nicht nachvollziehen, warum die japanische Regierung einem Unternehmen vertraut, das schon viele Jahre bei der Sicherheit seiner Atomkraftwerke schlampt, das die Behörden nachweislich bei Berichten betrogen hat, das seit zwei Jahren nicht in der Lage ist, ein vernünftiges Krisenmanagement zu betreiben und das noch immer die Gesundheit vieler Menschen aufs Spiel setzt.

Selbst in einem Land wie Japan, das wie kein anderes auf der Welt für Spitzentechnologie steht, wird mit hochgefährlicher Nukleartechnologie offensichtlich nicht fehlerfrei umgegangen. Auch dort kommt es immer wieder zu Nachlässigkeiten und sogar zu bewussten Fehlentscheidungen. Bereits vor zwei Jahren hat ein japanischer Journalist, der bei Aufräumarbeiten an der Reaktorruine beteiligt war, davor gewarnt, dass Tepco minderwertiges Material verwende, um Geld zu sparen. Auch die jetzt betroffenen Kühltanks genügen nicht den nötigen Anforderungen, weil man es lieber billiger haben wollte. Dies zeigt nur wieder, dass gewinnorientierte Unternehmen selbst im Katastrophenfall mehr an ihr eigenes Wohl als an das der Menschen und der Umwelt denken. Die logische Schlussforderung ist, dass man sich bei einer so gefährlichen Technologie kein bisschen auf private Unternehmen verlassen kann, sondern dauerhaft akribische Kontrolle betreiben muss.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung daher auf, alles dafür zu tun, Japan bei der Kontrolle der Arbeiten in Fukushima zu unterstützen, sich

international für die Verbesserung der Atomaufsicht und für einen weltweiten Atomausstieg zu engagieren.